

Laibacher Zeitung.



Nr. 242.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Freitag, 22. October

Insertionspreis 5 Hkr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 80 fr.

1869.

Amtlicher Theil.

Der Reichskanzler, Minister des kaiserlichen Hauses und des Aeußern, hat die bei dem Zahlamte dieses Ministeriums in Erledigung gekommene Zahlmeistersstelle dem bisherigen Controloir Matthäus Zindl und die hiedurch erledigte Controloirstelle dem bisherigen Cassa-official Friedrich v. Dreger verliehen.

Der Justizminister hat den Landesgerichtsrath Wenzel Pokorny von Böhmischo-Weipa über sein Ansuchen in gleicher Eigenschaft nach Prag übersezt.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat zu Bezirkschulinspectoren in Istrien ernannt:

Für den Schulbezirk Capo d'Istria den Schuldirektor Pirano Anton Barich;

für den Bezirk Volosca den Pfarrer Andreas Sterk in Povrana;

für den Bezirk Pola den Volksschullehrer in Veglia August Niederkorn, zugleich interimistisch für den Bezirk Pissino;

für den Bezirk Parenzo den Lehrer an der Lehrerbildungsanstalt in Rovigno Nikolaus Prodromo;

endlich für den Bezirk Ruffin den Lehrer an der nautischen Schule in Ruffin Dr. Matthäus Nicolich.

Nichtamtlicher Theil.

Der czechische Ausgleich.

Der „Tr. Ztg.“ wird aus Wien, 18. October, geschrieben: Nichts kann unrichtiger sein, als wenn man, wie es bereits mehrfach versucht worden, an die czechischen Ausgleichsgerüchte eine Spannung, nahezu einen Bruch zwischen dem Reichskanzler und dem diesseitigen Ministerium knüpfen will. Es ist begreiflich, daß gerade der Minister des Auswärtigen von seinem speciellen Standpunkte aus das Gelingen einer Verständigung dringend wünschen muß; wenn je eine auswärtige Entwicklung die volle Entfaltung der Kräfte des Reiches bedingen sollte, würde das in Unfrieden sich gegenüberstehende Oesterreich auf das Bedenklichste gelähmt sein, und es könnte selbst die Möglichkeit gedacht werden, daß irgend eine erbitterte Nationalität geradezu auf die Chancen einer Niederlage speculirte. Aber es gehören auch eben nur die Anfangsgründe der Staatskunst dazu, um auch denjenigen Regierungsmännern, welche keinen unmittelbaren Einfluß auf die auswärtige Politik zu üben berufen sind, die äußerste Gefahr eines permanenten inneren Conflictes einleuchtend zu machen, und ich glaube mit rechter Sicherheit behaupten zu dürfen, daß der weitaus maßgebenden Mehrzahl des gegenwärtigen Ministeriums kein Opfer zu groß dünken wird, wenn es damit die volle und dauernde Befriedigung der renitenten staatsrechtlichen Elemente erkaufen kann. Nur eine Grenze glaubt es dabei seinem Entgegenkommen setzen, es glaubt unbedingt verlangen zu müssen, daß sich die Verständigung auf dem Boden der Verfassung, daß sie sich im verfassungsmäßigen Wege vollziehe, und das ist ein Standpunkt, den gleichmäßig auch Graf Beust streng festgehalten wissen will. Jeder andere Weg wäre der Staatsstreich, und der Staatsstreich ist ein Experiment, welches zu überdauern Oesterreich kaum noch stark genug sein möchte, und dann am allerwenigsten, wenn man etwa den Czechen zu Liebe gar den Versuch machen wollte, an dem bereits vollendeten Ausgleich mit Ungarn zu rütteln. Die Gegensätze übrigens in dem nun beginnenden Verfassungs- oder vielleicht bezeichnender Ausgleichsstampfe kommen neuestens in zwei in Wien in der Bildung begriffenen Vereinen zum entschiedenen Ausdruck, zugleich ein Zeichen, daß nicht mehr bloß die eigentlich politischen Kreise an dem Kampfe Theil zu nehmen sich anschicken. Der eine nennt sich „Decemberverein“ und schreibt die Aufrechthaltung der bestehenden Verfassung und des durch sie geschaffenen centralistischen Staates auf seine Fahne; der andere, der „Verein der liberalen Oesterreicher“, proclamirt den Föderativstaat und tritt mit dem Wahlspruch in Action: „Friede und Freiheit wie in der Schweiz.“

Unruhen in Dalmatien.

Wien, 19. October. Die „N. Fr. Pr.“ erhält von ihrem Correspondenten einen aus Cattaro vom 14. d. datirten Brief. Bis zu diesem Tage, scheint es, war man mit Vorbereitungen zur Unterdrückung des

Aufstandes beschäftigt. Denn der Brief, den wir unten folgen lassen, erwähnt nichts von den Operationen der Truppen, meldet auch keine neuen Angriffe der Insurgenten.

Die Nachricht des V. L., daß die in Wien garnisonirenden Regimenter Ramming und Gorizzutti am 1. November nach Dalmatien marschiren sollen, wird uns als falsch bezeichnet. Es ist weder den genannten Regimentern ein solcher Befehl zugekommen, noch ist überhaupt an die Mobilisirung irgend einer in Wien stehenden Truppe ernstlich gedacht worden. Zu der von früherher in Dalmatien stationirten achtzehnten Truppen-Division sind bisher nur zwei weitere Infanterie-Regimenter von Triest aus nachgeschoben worden. Bis jetzt hat bloß das in Graz liegende Infanterie-Regiment Baron Maroičić nebst zwei steierischen Jäger-Bataillonen Ordre zur Marschbereitschaft erhalten und haben dieselben demzufolge auch einen Theil ihrer Urlauber einzogen.

Nach der „Tagespost“ befinden sich derzeit folgende Truppen in der Bocca: Das 27. Feldjäger-Bataillon, das 22. Infanterie-Regiment mit 3 Bataillonen, das 44. mit 3 Bataillonen, das 48. mit 3 Bataillonen, das 52. Infanterie-Regiment mit 3 Bataillonen und zwei Gebirgsbatterien. Das 27. Feldjäger-Bataillon und die beiden ersterwähnten Infanterie-Regimenter liegen schon nahezu ein Jahr in den Stationen Budua, Ragusa, Castelnovo, Cattaro und Perzagno, während die Infanterie-Regimenter Nr. 48 und 52 seit dem Jahre 1866 bis zum Mai d. J. in Dalmatien gelegen waren. Sie wurden am 10. d. M. von Triest nach Cattaro überschifft. Es befinden sich daher nur Truppen in der Bocca, welche mit den Terrains und den sonstigen Verhältnissen Dalmatiens vollkommen vertraut und zum Gebirgskriege vortrefflich herangebildet sind.

Zum Laufe dieser Woche werden ferner noch in der Bocca anlangen: Das 7. Infanterie-Regiment von Graz mit 3 Bataillonen, das 8. Jäger-Bataillon, das 9. Jäger-Bataillon und eine Sanitäts-Compagnie mit voller Feldausrüstung. Aufgestellt werden noch zwei Gebirgs- und eine Raketen-Batterie. Sämmtliche Truppen werden in zwei starke Brigaden, und zwar Generalmajor Dormus und Oberst Jovanovic getheilt.

Aus Zara vom 13. d. wird der „Tagespost“ geschrieben: „Man glaubt, daß die Zahl der Insurgenten zwischen Dragal und Risano nicht 500 übersteige. Es wurden unter ihnen Gewehre mit Bajonetten bemerkt, die sonst die Insurgenten nicht besitzen. Was aus dem Fort Dragal geworden ist, weiß man nicht, weil jede Verbindung mit demselben unterbrochen ist. Da jedoch die Insurgenten keine Geschütze haben und die Besagung für mehrere Tage Proviant hat, so hofft man, daß sich die Garnison halten werde, bis irgend eine Hilfe kommt. Das Militär wurde natürlich aus Risano und aus allen bedrohten Punkten nach Cattaro zurückgezogen. Briefe aus Cattaro berichten, daß am 9. und 10. d. aus den kleinen Blockhäusern Cervice, Crisovic und Castelnovo auf die Bauern geschossen wurde, welche in der Nähe vorbeigingen, und daß drei getödtet und einer verwundet wurde. Man behauptet auch, daß die Dorfvorstände von Lastua und Teodo sich bereit zeigten, sich zu unterwerfen. Der Bezirkshauptmann von Risano, Franz, welcher ungeachtet des Abmarsches der Garnison muthig auf seinem Posten blieb, hat diese Gemeindevorstände dem Commandanten in Castelnovo vorgestellt; leider drohen die Einwohner von Zupa, die beiden Dörfer gänzlich niederzubrennen und alle Einwohner zu tödten, im Falle sie die Sache der Insurgenten verlassen. Es sollen die Insurgenten den Eid geleistet haben, Jeden zu ermorden, der mit der österreichischen Regierung ohne ihr Wissen einen Pact schließt; Die Lage wird also ernst, falls die Insurgenten fremde Hilfe erhalten.“

Ein czechisches Blatt meldet, daß das Prager Generalcommando die unzugängliche Einberufung aller dormalen in den Werbebezirken Böhmens weilenden beurlaubten Marine-Soldaten angeordnet habe, und bringt diese Verfügung mit den Unruhen in Dalmatien in Verbindung.

Der obenerwähnte Brief unseres Correspondenten lautet: „Der Name des in meinem letzten Berichte erwähnten Officiers ist Ladislaus Rinel, dessen Bruder in demselben Regimente Nr. 44 dient. Ueber den Vorgang selbst sind die Nachrichten verschieden; die meisten jedoch stimmen darin überein, daß der an der Hand verwundete Officier, wahrscheinlich durch Blutverlust geschwächt, seiner Truppe nicht mehr folgen konnte und

sich deshalb an einer in der Nähe befindlichen Quelle niederließ. Sein Diener wollte ihm Hilfe leisten, erhielt jedoch ebenfalls einen Schuß, worauf ihm Oberlieutenant Rinel befohl, für sich selbst zu sorgen und ihn zu verlassen. Hierauf näherten sich zwei Insurgenten; der Eine war der Gemeindevorstand von Ledonice, der Andere dessen Bruder. Sie forderten den verwundeten Officier auf, ihnen seine Habseligkeiten auszuliefern und sich zu ergeben. Ein Schuß aus dem Revolver, welcher mit der letzten Kraft abgefeuert wurde, war die Antwort, worauf der Gemeindevorstand todt zu Boden fiel. Der Bruder desselben stieß nunmehr dem Officier den Handschar in die Brust, so daß dieser augenblicklich verschied. Der Mörder bemächtigte sich alsdann der Barschaft desselben. In seiner Priestertasche befanden sich, wie man weiß, 400 fl. Verpflegsgebe.

Nachdem gestern bedeutende Verstärkungen von Infanterie und Jägern eingetroffen waren, brachte uns das Kriegsschiff „Streiter“ den Gouverneur sammt seinem Stab, Artillerie und Genietruppen. Feldmarschall-Lieutenant v. Wagner übernahm das Commando. Das Regiment 44 wurde sogleich in möglicher Stärke zum Entsaß des hartbedrängten Grenzforts Dragal beordert, und dürften im Laufe des morgigen Tages wahrscheinlich wichtige Nachrichten eintreffen. Die ganze Jugend, fast alle waffenfähigen Männer sind aus ihren Wohnungen geflohen und halten sich nunmehr in den Gebirgen der Crivoscie oder in der Zupa auf. Die Stärke der Insurgenten wird auf sechstausend Mann angegeben, ein Beweis, daß viele Montenegriner unter ihnen sind. Vor einigen Tagen ließ sie der Brigadier durch einen Parlamentär auffordern, ihr Vorhaben aufzugeben und zu ihren Familien, welche sie in Angst und Besorgniß zurückließen, zurückzukehren und ihre Arbeiten wieder aufzunehmen. Sie antworteten jedoch trotzig, er möge lieber selbst überlegen, was er beginne, und bedenken, daß sie keine Furcht, selbst vor hunderttausend Gewehren hätten.

Sonntag den 10. d. M. sandten die Aufständischen ein Gesuch an den Kaiser, worin selbe ihre Anhänglichkeit und Treue betheuern, feierlich geloben, wieder in Ruhe zurückzukehren, nur möge man das neue Wehrgesetz dahin modifiziren, daß die Landwehr der Bocche ihre nationale Kleidung beibehalten und nicht außer Landes verwendet werden soll. Nun sind allerdings die Bocchesen außer ihrem engsten Heimathland als Soldaten nicht zu brauchen; möge man sich darüber keinen Täuschungen hingeben, auch das Zugeständniß ihrer nationalen Kleidung wäre als ganz unwesentlich leicht zu gewähren; doch darf sich die Regierung jetzt, wo bereits Blut geflossen, nicht zu der geringsten Nachgiebigkeit herbeilassen. Möge unser Statthalter nicht in den Fehler seiner Vorgänger im Amte verfallen, welche in dem rohen Morlak nur den armen, in dem blutdürstigen Bocchesen nur den leidenden, unterdrückten Bruder erblickten. FM. Mamula hatte 1850, als die Bocchesen revoltirten, 5000 Mann wohlgeschulter Truppen, und er unterhandelte, statt zu züchtigen. Die zufällige Stammverwandtschaft darf wohl nie die höheren Ziele der Civilisation verrücken und der weitblickende Staatsmann nie die Gründung einer glücklichen, wenn auch ferneren Zukunft momentanen Palliativen opfern. So lange uns Montenegro wie ein Dorn im Fleische sitzt, ist allerdings auf geregelte Zustände in Cattaro nicht zu denken. Jede Unthat, und sei sie noch so blutig und himmelschreiend, wird durch einen Schritt über die nahe Grenze straflos, ein Umstand, welcher unendlich entsetzlich auf die zu Gewaltthatigkeiten ohnehin so sehr geneigten Bewohner wirkt; doch muß in diese Verhältnisse endlich Klarheit kommen.“

Aus den Landtagen.

Görz, 19. October. In das Comité wegen Einführung directer Reichsrathswahlen wurden gewählt: Pajer, Doliac, Deperis, Gorjup und Winkler. Ueber das Volksschulgesetz entspann sich eine lebhafteste Debatte. Dr. Tonkli beantragte den Uebergang zur Tagesordnung. Dr. Doliac wahrte den clericalen Standpunkt, erklärte jedoch in die Verathung des Gesetzes aus Opportunitätsgründen einzugehen. Nach glänzender Widerlegung der vorgebrachten Argumente durch Dr. Pajer und den Referenten Dr. Deperis fand der Antrag Tonklis keine hinreichende Unterstützung.

Linz, 19. October. In der Vormittags- und Abendsitzung fand die Specialdebatte über das Schulaufsichtsgesetz statt, dasselbe wurde nach dem Ausschlußantrag in der ersten und zweiten Lesung angenommen.

Innsbruck, 19. October. Giovanelli und Genossen interpelliren die Regierung, welche Rücksichten das Kriegsministerium veranlaßten, die Maßregel zu treffen, daß eine Gutrechnung von Taxerlegern bei Losungen vorläufig nicht stattzufinden habe, und wie die Regierung diese Maßregel mit den allgemein gültigen Rechtsprincipien in Einklang zu bringen vermöge? Biedermann und Genossen beantragen, den Landesauschuß zu beauftragen, einen Gesetzentwurf betreffend die Herstellung und Erhaltung der Zufahrtsstraßen zu den Bahnhöfen und anderen Aufnahmestationen der Eisenbahnen zu verfassen, so wie die Landtagswahlordnung dahin abzuändern, daß den zur Wahl des Abgeordneten der Innsbrucker Universität berufenen Wahlkörper die ordentlichen und außerordentlichen Professoren der Universität bilden. Der Gesetzentwurf über die Benützung, Leitung und Abwehr der Gewässer wird mit wenigen unwesentlichen Abänderungen angenommen.

Bregenz, 19. October. Das Siebener-Comité beantragt: Es sei zur Deckung der Landesbedürfnisse eine Vermögens- und Einkommensteuer einzuführen, wobei als Grundsatz zu gelten hat, daß die Erträgnisse von Objecten, welche bereits durch die Vermögenssteuer betroffen werden, der Einkommensteuer nicht unterzogen werden können. Dieser Antrag so wie der weitere Comitätsantrag, mit der sofortigen Ausarbeitung eines bezüglichen Gesetzentwurfes daselbe Comité zu beauftragen, werden einstimmig angenommen. Sodann werden die Wahlen in die Landessteuercommission vorgenommen.

Prag, 19. October. Dohauer legt seine Stelle als unbesoldeter Director der Hypothekenbank nieder. Der Statthaltereileiter beantwortet die Interpellation des Freiherrn v. Korb-Weidenheim wegen Unsicherheit auf dem flachen Lande. Es seien die Gendarmarieposten bedeutend vermehrt worden, die Finanzlage des Reiches gestatte nicht eine noch größere Vermehrung, die politischen Behörden mögen auf die Gemeinden einwirken, daß tüchtige Organe für die Sicherheit der Gemeinde ins Leben treten. Sodann wurde die Debatte über das Wasserrechtsgesetz fortgesetzt. Die morgige Sitzung ist eine geheime.

Brünn, 19. October. Lichtblau interpellirt den Statthalter wegen Vermehrung der Gendarmarie behufs strenger Ueberwachung und Verhinderung des Bettel- und Vagabundenwesens. Der Statthalter bemerkt in Beantwortung der seinerzeit gestellten Interpellation, zu der Erklärung ermächtigt worden zu sein, daß auf Grund der diesjährigen Wahrnehmungen erwogen werden wird, ob und bei welchen politischen Bezirken eine Theilung in mehrere Lösungs- und Stellungsbezirke stattgefunden habe.

Lemberg, 19. October. Die Verathung über das Landesschulrathstatut wurde beendet. Vier Capitel des Lemberger städtischen Statutes wurden genehmigt. Morgen finden zwei Sitzungen statt.

Czernowitz, 19. October. In der Generaldebatte über den Gesetzentwurf wegen Erhaltung und Besuches der Volksschulen beantragt Baron Alexander Petrino in die Verathung insoweit nicht einzugehen, bis die rechtliche Stellung des griechisch-orientalischen Religionsfonds im Sinne des Art. 15 des Staatsgrund-

gesetzes, wie auch dessen Beitragspflicht für Schulzwecke definitiv geregelt sein wird. Zur Vereinbarung des Ausschusses hierüber wurde die Sitzung auf morgen vertagt.

Zara, 19. October. Nach wiederholten Tadelvorschlägen Seitens der annexionistischen Landtagsminorität gegen die Regierung, während Aufstand in Cattaro herrscht, beantragte heute die Majorität sofortige Vertagung des Landtages und verließ mit Hochrufen auf den Kaiser den Saal unter stürmischem Beifall von der Gallerie. Die Minorität schwieg verblüfft.

Musland.

Berlin, 19. October. (Abgeordnetenhaus.) Der Minister des Innern vertheidigt die Vorlage der Kreisordnung. Die Ausdehnung derselben auf die ganze Monarchie hätte die Erledigung in der jetzigen Session vereitelt. Die Grundsätze, welche jetzt gewonnen würden, sollten alsbald auf die übrigen Provinzen ausgedehnt werden. Bessere Vorschläge würde die Regierung acceptiren. Man möge nur der bloßen Negativ fernbleiben. Vor Concessionen schrecke er nicht zurück. Die Fortschrittspartei möge sich auch dazu verstehen. Der Minister rechtfertigt die Ausnahmestellung der Provinz Posen und bemerkt, es seien dort viele Grundbesitzer, die zwar nicht anti-preussisch seien, doch nicht den Muth hätten, ihre Landsleute in bewegten Zeiten zu guter Gesinnung anzuhalten. Solange dies nicht thatsächlich geändert sei, wäre die Ausdehnung der Kreisordnung auf Posen unthunlich. Die Discussion wird auf morgen vertagt.

Paris, 19. October. (Oeffentliche Versammlung.) Gestern Abends fand eine öffentliche Versammlung am Boulevard Cligny statt. Bancel, Simon, Ferry und Pelletan, welche der Versammlung beiwohnten, wurden, wie der „Gaulois“ berichtet, gestossen, beschimpft und verspottet und konnten nur mit Mühe den Saal verlassen.

Krainischer Landtag.

17. Sitzung vom 21. October.

Vorsitzender: Landeshauptmann v. Wurzbach. Anwesend von Seite der Regierung: Landespräsident v. Conrad und Regierungsrath Roth.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird in slovenischer und deutscher Sprache verlesen und verificirt. Vorsitzender theilt mit, daß ihm durch Abg. Zarnik die Petition eines Malers um eine Unterstützung zur höhern Ausbildung übergeben wurde. Wird dem Petitionsausschusse zugewiesen.

Es wurden nachstehende Vorlagen vertheilt:

1. Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über das Wasserrechtsgesetz.
2. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag des Zwangsarbeitshauses für das Jahr 1870.
3. Bericht desselben über den Rechnungsabschluß des krainischen Landesfonds und seiner Subfonde für das Jahr 1868.
4. Bericht desselben über den Voranschlag des krainischen Landesfonds mit Rücksicht auf dessen Subfonde für das Jahr 1870.

5. Bericht des Landesauschusses über die Einführung des Modellirunterrichtes an der k. k. Ober-Real-school.

6. Bericht des Ausschusses über den Antrag des Dr. Bleiweis betreffs Erörterung der Staatsgrundgesetze.

7. Schreiben des k. k. Landespräsidiums betreffend Uebergabe mehrerer Stiftungen in die Verwahrung und Verwaltung der Landesvertretung.

8. Bericht des Verfassungsausschusses über die Einführung des Slovenischen bei den k. k. Behörden in Krain.

9. Bericht des Finanzausschusses über den Bau des neuen Landes-Irrenanstalt.

Ein Dringlichkeitsantrag des Dr. Tomjan wegen Unterstützung der Eisenbahn Laß-Görz durch Uebertragung eines bezüglichen Einschreitens des Landes-Ausschusses an das Handelsministerium und den Reichsrath wird von demselben begründet. Eisenbahnen seien für jedes Land unentbehrlich, besonders für solche, die auf Industrie und Handel angewiesen sind. Krain hat Wasserkräfte, gute Arbeitskräfte, es bedarf weiterer Einnahmsquellen. Weitere Gründe wird der volkswirtschaftliche Ausschuss, welchem er den Antrag zuzuwenden bitte, entwickeln. Die Zuweisung an den volkswirtschaftlichen Ausschuss wird angenommen. Es wird zur Tagesordnung übergegangen.

1. Kromer referirt Namens des Finanzausschusses über die Uebernahme des krainischen Normalfondes in die Verwahrung und Verwaltung des Landesvertretung. Die Anträge lauten:

- Der hohe Landtag wolle beschließen:
- a) Der Landesauschuß wird angewiesen, den krainischen Normalfondes in seinem derzeitigen thatsächlichen Bestande, daher mit jener bisherigen Bedeckung und Belastung, welche in dem mit Note der k. k. Landesregierung vom 4. October 1869, Z. 6805, mitgetheilten Voranschlage speciell ausgewiesen wurde, in die eigene Verwahrung und Verwaltung mit der Verpflichtung zu übernehmen, die bisherige Widmung dieses Fondes für Unterrichtszwecke nach Maßgabe der bereits getroffenen und der künftig gesetzlich verfügungen genau einzuhalten, und über dessen Verwaltung der k. k. Landesregierung alljährlich undo-cumentirte Rechnungs-Extracte mitzutheilen.
 - b) Bei dieser Uebernahme hat jedoch der Landesauschuß gegen allfällige Ansprüche des h. Aarars auf den Rücksatz der dem krainischen Normalfondes geleisteten, laut Erlasses des k. k. obersten Rechnungshofes vom 6. Mai 1869, Zahl 545136, bis zum Schlusse des Jahres 1866 mit 300.565 fl. 48 kr. bezifferten, und der seitherigen Zuschüsse, überhaupt gegen jeden Ersatzanspruch, welcher aus der bisherigen Subventionierung dieses Fondes abgeleitet werden könnte, — im Namen der Landesvertretung die ausdrückliche Verwahrung einzulegen.
 - c) Zugleich hat sich der Landesauschuß bei der Uebernahme das Recht vorbehalten, für jene bisherigen Belastungen des krainischen Normalfondes, welche in dem ad a besprochenen Voranschlage allenfalls nicht ausgewiesen, daher auch bei der Bemessung des von

Feuilleton.

Aus Graz.

Wenn es schon im allgemeinen nicht bestritten werden kann, daß wir in einem Zeitalter des Dampfes leben und unzählige Menschen auf seinen Flügeln sich in alle Gegenden und Winkel des Erdballs tragen lassen, so dürfte vielleicht die specielle Behauptung, als würde im heurigen Jahre im Fache des Reisens noch mehr geleistet als in den vorhergehenden, auch nicht zu fern von der Wahrheit abliegen. Wenigstens scheint die Menge von Reisekizzen und Reisebildern, die wir im Plauderwinkel der meisten Zeitungen antreffen, diese Meinung kräftig zu unterstützen. Wer es kann, reist heutzutage, und wer gereist hat, fühlt sich verpflichtet, seinen vom Glück der Eisenbahnen weniger bedachten Nebenmenschen wenigstens dadurch Ersatz zu bieten, daß er ihnen im Feuilleton irgend eines Organes der sechsten Großmacht Nachricht gibt von seinen Erlebnissen und Gefühlen, zuweilen auch von dem Pech, das er erlitten, von den zarten Abenteuern die er hätte haben können. Ein Feuilleton, das sich in seiner Ueberschrift die Aufgabe stellt, von den Vorkommnissen im Leben einer benachbarten großen Stadt, die mit Laibach durch manches Band zusammenhängt — wir meinen darunter nicht den Schienenstrang der Südbahn allein — zu berichten, ist nun in gewisser Hinsicht wohl auch der weitverzweigten Sippe der Reisefeuilletons zuzurechnen, und da wir solchermaßen den Zusammenhang unseres Unternehmens mit einer modernen Zeitfrage nachgewiesen, wollen wir hoffen, es werde in den Augen unserer schönen Leserinnen und wohlgeleiteten Leser Gnade finden. Ein beliebter deutscher Romancier hält es für nothwendig, jede seiner Geschichten mit einer genauen Beschreibung des betreffenden Schauplazes und der gerade herrschenden Witterung zu eröffnen und da wir dieses Vorgehen für ein gut berechtigtes ansehen, so wollen auch wir damit beginnen, daß

wir einige Worte über Graz im allgemeinen sagen. Wir erklären zuvörderst, daß Graz eine gute alte deutsche Stadt ist mit allen einer solchen zugehörigen Eigenthümlichkeiten, mit engen winkligen Gäßchen und räthselhaft gebauten Häusern darin, und wieder mit breiten Straßen in denen stolze Gebäude ragen, mit großen freien Promenaden, mit Dichtern, Literaten und flotten Studenten und grämlichen alten Herren, lächelnden Backfischen und frommen ältlichen Damen, hier Nonchalance und Sichgehenlassen, dort Krähwinkelerei, alles wunderbar verquitt und untereinander geworfen, wie die Gedanken im Hirne eines richtigen Deutschen, der ja ein Denker von Gottes Gnaden ist. Und so kommt es denn, daß die Stadt auch nicht überall und allezeit das nämliche Gesicht macht, denn sie hat verschiedene Physiognomien, die sie dem Beschauer weist, und es ist sogar schwer zu sagen, welche man gerade zu bestimmter Zeit zu sehen bekommt. Die heiterste von allen aber steckt sie im Herbst auf — und Graz steht in dem Rufe, daß der Herbst hier länger dauert, als anderswo — und dann ist es allenthalben lebhaft, in der Stadt sowohl, wie an den reizenden Orten der nächsten Umgebung; die Promenaden sind voll von Spaziergängern und Equipagen, man erfreut sich an der schönen Natur, am Sonnenschein und auch an materiellen Genüssen. Doch müssen wir heuer leider eine Ausnahme von der Regel registriren, nur kurze Zeit dauerte heuer diese Herrlichkeit, denn der Dämon des Regens und der Kälte hat es ungewöhnlich früh für gut befunden, seinen Herrscherstab zu schwingen und das Leben, das sich sonst zu solcher Zeit noch lustig außerhalb der Mauern tummelte, in die Stadt zu bannen. Aber auch da pulst es kräftig genug. Sehen wir zuerst nach dem Landhause. Wie überall, gibt es auch im Grazer Landtage verschiedene Köpfe, schwärmerische und praktische, die mitunter verschiedener Ansicht sind. Wenn der Schwärmer lebhaft wird, so kann es nur allzuleicht geschehen, daß auch der praktische Mann sich erhitze, wir haben oft Gelegenheit, dies zu sehen. Wir sahen es jüngst in

Paris bei Gelegenheit der gelehrten Fälschungen, wo selbst die Männer des abstracten Wissens einander bald in die Haare gefahren wären, wenn sie nur welche gehabt hätten, wir sahen es auch in der Landtagssitzung an der Mur. Die Gelehrsamkeit ist kahl und mancher Jünger der Politik erfreut sich eines vollen Lockenhauptes, aber es sind vielleicht die extremsten Gegensätze, welche gleiche Wirkungen im Gefolge haben. Jedenfalls dürfen wir behaupten, die Wirklichkeit des steirischen Landtags sei eine wackere und ersprießliche. Unter den Beschlüssen des Gemeinderathes unserer Stadt müssen wir einen hervorheben, der namentlich die Touristen und Fremden zum Danke verpflichten wird, wir meinen jenen betreff der Häusernumerirung und Straßenbezeichnung, die nach dem Muster von Wien eingeführt werden soll. Auch sollen mehrere Straßen neue Namen bekommen und da auch hat zuweilen der Humor seine Hand im Spiele. So sollen die sogenannten drei Säde fürderhin Baumkircherstraße genannt werden. Man erinnert nicht der Name des edlen Ritters an Mittelalter und Turniere, an Wegelagerung und Burgverließe. Und fürwahr, die Baumkircherstraße, diese hôte noire der Stadtverschönerung, hat wohl Anspruch darauf, das Verließ von Graz zu heißen. — Unser Musentempel florirt, obgleich auch er von den vielen Leiden, die den Instituten seiner Gattung viel zu schaffen machen, nicht ganz befreit ist. So macht sich die Baissé in Tenoren, die gegenwärtig an der Stimmensbörse grassirt, auch in unserer Oper bemerklich. Am Schauspiel merkt man es, daß die Saison noch weit von ihrem Höhepunkte entfernt ist, da gibt es Reprisen, leere Häuser und mattes Ensemble, wie der Kunstausdruck lautet. Dazu kommt noch, daß mehrere tüchtige Kräfte unspätlich und krank gemeldet werden. So ist die Vertreterin des krainischen Rollenfaches schon seit längerer Zeit an's Kranke lager gefesselt, es heißt in Folge eines Sturzes vom Pferde, — woraus wir aber unterlassen, eine Moral zu ziehen, in Anbetracht dessen, daß Laibach ohnehin als eine sehr moralische Gegend bekannt ist.

dem h. Aerar künftighin mit jährlichen 2172 fl. zu gesicherten Zuschüssen nicht berücksichtigt wurden, — im Namen der Landesvertretung die erforderliche Deckung aus Staatsmitteln nachträglich ansprechen zu können.

2. Kromer referirt ferner über den Voranschlag des kroatischen Normalerschulfonds für das Jahr 1870. Es wird beantragt, denselben in Uebereinstimmung mit dem diesbezüglichen Entwurfe der k. k. Landesregierung in dem Erfordernisse mit 7401 fl., und in der Bedeckung einschließlich des Staatsvorschlusses mit 10.895 fl., sohin mit dem schließlichen Ueberschusse per 3494 fl. zu genehmigen.

Landespräsident bemerkt, der Entwurf eines Präliminates sei dem Landesauschusse nur zur Beschleunigung und Förderung der Sache mitgetheilt worden, nachträglich seien aber dem Finanzauschusse noch einige Posten des Erfordernisses für Lehrer der Parallelklassen im beiläufigem Betrage per 1520 fl. mitgetheilt worden. Diese seien in dem vorgelegten Voranschlage nicht berücksichtigt. Ueber die Verpflichtung des Normalerschulfonds zur Tragung dieser Kosten könne zwar kein Zweifel obwalten, sondern es könne sich nur um die Stelle handeln, in welche die besagten Posten einzureihen wären. Es werde dem Normalerschulfonds keine neue Last damit auferlegt, ohnehin werde derselbe aus dem Staatschätze subventionirt, und das Jahr 1870 ergäbe sich noch ein bedeutender Ueberschuss. Ferner komme der Betrag per 1520 fl. nur als Jahresausgabe in Betracht.

Kromer: Der Finanzausschuss konnte sich in Betreff der Parallelklassen, worüber ihm aber die Mittheilung erst gestern Abends zugekommen, nicht einverstanden erklären. Die Regierung müsse die Belastung des Fonds genau und taxativ nachweisen. Der vorliegende Ausweis enthält nun die Ausgaben für die Parallelklassen nicht, die Regierung scheine selbst darüber noch nicht im Klaren zu sein, da auch noch die Frage zu lösen sei, ob diese Last nicht der Commune obliege. Uebrigens sei auch für die Parallelklassen kein Staatszuschuss zugewiesen. Es frage sich ferner, ob die Parallelklassen nicht noch mehr erfordern werden. Er könne daher eine ungewisse Post nicht übernehmen.

Kaltenegger constatirt, daß die Ziffer des Staatszuschusses nur unter der Voraussetzung acceptirt wurde, daß damit bloß die früher nachgewiesenen Erfordernisse, nicht aber jenes nachträglich zum Vorschein gekommene für die Parallelklassen gedeckt werde.

Landespräsident bemerkt, daß der Staatszuschuss nur die Bedeckung für das wirkliche, nach einem Jahresdurchschnitte ermittelte Erforderniß, welches zu decken dem Normalerschulfonds gesetzlich obliegt, darstellt. Diese Verpflichtungen können dadurch nicht alterirt werden, daß der Staatszuschuss allenfalls nicht hinreicht.

Kromer: Der Finanzausschuss habe bereits in seinem Berichte darauf hingewiesen, daß die Anforderungen an den Normalerschulfond steigen. So seien laut Mittheilung des Landespräsidiums vom 17. October, Z. 7645, für das J. 1870 drei neue Cougruaergänzungen bewilligt worden, auch sei erst gestern ein Besuch der Aufsassen der Gemeinden Dorn und Rußdorf im Adelsberger Bezirke um einen Zuschuss à per 50 fl. zu der Besoldung ihrer Schullehrer eingelaugt, welches von der Bezirkshauptmannschaft befürwortet werde. Er beantrage daher, daß dieselben dem Ausschusse zur Anweisung der gebetenen Beiträge aus dem Normalerschulfonds zugewiesen werden. Weiters theilt Kromer das Gesuch des Schullehrers von Grafenbrunn (Knozak), um Ergänzung der Congrua mit 50 fl. mit, beantragt jedoch, da die Ziffer des Abganges nicht ganz unzweifelhaft ausgemittelt ist, dasselbe an die Landesregierung zur Feststellung desselben zu leiten.

Wird gleichfalls angenommen.

Die Ausschussanträge in Betreff der Uebernahme des Normalerschulfonds und des Präliminates pro 1870 werden gleichfalls angenommen.

3. Svetec berichtet im Namen des Grundsteuerauschlusses. Der Ausschuss beantragt, der h. Landtag wolle beschließen, an die hohe k. k. Landesregierung, und rückfichtlich an das Präsidium der Finanzdirection die Bitte zu richten a) es möchte seine Aufmerksamkeit dahin richten, daß die allerhöchste Entschliessung und rückfichtlich die Verordnung vom 19. August l. J., Z. 929, in allen Bezirken soviel als möglich gleichförmig zur Ausführung kommen, und es mögen die Bezirkshauptmannschaften und Steuerämter die Weisung erhalten, auf diesen Zweck hinzuarbeiten; b) es wollen die Bezirkshauptmannschaften angewiesen werden, bei der Erhebung in Betreff der Ueberbürdung als Sachverständige und Vertrauensmänner auch solche zu wählen, welche die Gemeindevertretungen hiezu namhaft machen; c) es wolle für Ausgabe der Steuerbücher in deutscher und slovenischer Sprache Sorge getragen werden; d) es wolle den Steuerämtern die Weisung gegeben werden, solchen Steuerzahlern, die auf mehrere Büchel Einzahlungen leisten, ihre noch nicht fälligen Theilzahlungen soviel als möglich auf alle Büchel gleichmäßig zu vertheilen; e) es wolle Sorge getragen werden, daß alle Ausgaben für die Katastralreambulirung, wenn diese nach dem neuen Grundsteuergesetz nicht ohnehin aufhören sollte, nach dem § 14 dieses Gesetzes auf den Staatschätze übernommen und die Gemeinden hiedon losgezählt werden.

Landespräsident bemerkt, daß die beiden ersten Anträge durch das Präsidium der Finanzdirection bereits in Vollzug gesetzt worden sind, daß der Punkt 3 keinem Anstande unterliegt, nur eine Frage der Zeit und Kosten sei, in Betreff des 4. Punktes müsse nur bemerkt werden, daß vor Allem die Rückstände zu decken sind, im Uebrigen können die gewünschten Verfügungen getroffen werden und sind auch bereits vom Landespräsidenten als Präses der Finanzdirection ausgesprochen worden. Die Erfüllung des sub e) ausgesprochenen Wunsches ist nicht thunlich. Die Reambulirung ist von der Schätzung unabhängig, weil sie nur den Zweck hat, die Veränderungen der Gleba festzustellen; diese Auslagen sind aber auch ihrer Natur nach nicht geeignet, auf den Staatschätze übernommen zu werden, weil sie nicht genau bestimmbar und nachweisbar sind.

Deschmann vermisst in den Anträgen die Rücksicht auf den Umstand, daß bei den Abschreibungen auch die Umlagen für den Landes- und Grundentlastungs-fond weggelassen, was einen bedeutenden Betrag ausmacht. Durch diese Abschreibungen werden noch größere Verlegenheiten erwachsen. Auch die Gemeindeumlagen steigen durch die Steuerabschreibung. Er würde daher einen ganz allgemeinen Antrag stellen: Der Landesauschuss habe den Ausfällen an Landes- und Gemeindeumlagen bei den Steuerabschreibungen die Aufmerksamkeit zuzuwenden und über die Mittel zur Abhilfe in der nächsten Session die geeigneten Anträge zu stellen.

Dr. Toman stimmt dem Vorebener bei, wiederholt aber die Beschwerde wegen der Steuerüberbürdung, welche der Regierungsvortreter selbst anerkannt habe und spricht die Erwartung aus, daß dem Lande soviel als möglich die Steuerlast erleichtert werde. Dagegen müsse er auf die Verschiedenheit der Abschreibungen für die einzelnen Orte aufmerksam machen und doch ist überall die gleiche Ueberbürdung; es müsse daher an den maßgebenden Persönlichkeiten liegen, welche die Abschreibung zu beantragen haben. In der Laibacher Umgebung ist für 1867 nichts abgeschrieben worden, während pro 1868 17.667 fl. abgeschrieben wurden. In Reifnitz wurde nichts abgeschrieben. Radmannsdorf 1866 243 fl. 7 kr., 1867 nichts. Ein Beweis, wie unsere Beamten für das Volk sorgen (Bravo!) es müsse daher in anderer Weise dafür gesorgt werden, daß die Abhilfe überall in gleicher Weise geschehe, obwohl er nicht in Abrede stellen wolle, daß die Ueberbürdung nicht überall die gleiche sei. Die Regierung möge übrigens ihr Augenmerk dahin richten, daß der fundus instructus nicht in Execution gezogen, dann daß die Steuerabstattungen ohne Unterschied der Tage oder Stunden von den Steuerämtern in Empfang genommen, dann daß nicht, wenn mehrere Pfändungen gleichzeitig vorgenommen worden, die Kosten nicht für jede einzeln verrechnet werden.

Abg. Kossler nimmt Bezug auf eine Bemerkung des Landespräsidenten in einer früheren Session in Betreff der Vertheilung der Abschreibungen und kann sich der Vermuthung nicht verschließen, daß nicht mit dem gehörigen Eifer und Gewissenhaftigkeit vorgegangen werde. Als Vertreter der Landgemeinden Gottschee, Großlaskitz und Reifnitz stellt er an die Regierung die Bitte, bei Erlassung der Verfügung an die Bezirkshauptmannschaft Gottschee darauf Rücksicht zu nehmen und die entsprechende Verfügung zu treffen, daß auch die Ansprüche seiner Mandanten berücksichtigt werden.

Svetec. Der Erlaß vom 19. August entspreche zwar vollkommen den Wünschen des Landtags, allein es sei auch die Ueberwachung seiner Ausführung nothwendig, wie die Erfahrung beweist. Der Antrag ist daher nicht überflüssig. Was den zweiten Antrag betrifft, so wird in dem Antrage eben das Gewicht darauf gelegt, daß die Vertrauensmänner von der Gemeindevertretung namhaft zu machen sind. Die Gemeindevorsteher sind nicht immer zugleich die Vertrauensmänner der Gemeinde. Was lit. c (Kosten der Reambulirung) betrifft, so sei er anderer Ansicht als der Landespräsident; nach dem neuen Gesetze hören die Reambulirungen auf und es bleibt bloß die Evidenzhaltung, weil bisher der Zweck derselben die Veränderung in den Culturen war, nach dem neuen Gesetze haben dies die Schätzmänner festzustellen, daher treffen auch die Kosten nicht mehr das Land, sondern das Reich. Den Antrag Deschmann's müsse er vollkommen billigen, allein derselbe falle in das Budget und es habe darüber der Finanzausschuss zu entscheiden.

In der Specialdebatte werden die Anträge des Ausschusses genehmigt und der Zusatzantrag Deschmann's ebenfalls angenommen, und die Anträge in dritter Lesung zum Beschluß erhoben.

Abg. Pintar referirt für den volkwirtschaftlichen Ausschuss über den Antrag des Abg. Dr. Razlag in Betreff Errichtung einer Landesaffecuranz. Der Ausschuss stimmt dem Antrage bei, glaubt jedoch, daß noch Vorstudien statistischer und anderer Art nothwendig sind, um diese Frage spruchreif zu machen. Es wird daher beantragt, dem Landesauschuss den Auftrag zu erteilen, die Errichtung einer Landesaffecuranz gegen Feuer-schaden an Gebäuden und beweglichen Sachen in Erwägung zu ziehen und hierüber in der nächsten Session die bezüglichen Anträge zu stellen.

Deschmann: Der Gegenstand sei im Landtage bereits einmal zur Sprache gekommen und abgelehnt worden, man müsse daher vor allem über die Frage ins

Klare kommen, ob die Affecuranz eine zwangsweise oder freiwillige sein soll. In Ob-der-Enns besteht eine freiwillige wechselseitige Feuerversicherung, heuer ist bei Revision der Statuten die Nothwendigkeit eines Zwanges angeregt worden. Gegen die Annahme dieses Princip's walteten aber die gewichtigsten Bedenken ob. Ist das Princip nicht entschieden, so ist es besser, den Antrag schon heute zu begraben, statt das Begräbniß auf das kommende Jahr zu verlegen. Er ist daher für Zurückverweisung an den Ausschuss zur Entscheidung über dieses Princip.

Toman ist persönlich im Voraus überzeugt, daß die Landesaffecuranz nicht zu Stande kommen wird, allerdings sei viel Wahres in der Behauptung Deschmann's, allein demungeachtet könne er nicht für den Antrag Deschmann's stimmen, weil der Ausschuss auf Grund der statistischen Daten in der Lage sein wird, dem Landtage zu sagen, so steht es für beide Fälle; damals werde die Frage aber jedenfalls klarer sein, für jetzt stimmen wir dem Princip noch nicht bei, vorkommenfalls würde er sich gegen eine zwangsweise Versicherung aussprechen. Größere Institute können leichter ihren Bestand finden als kleinere, aber die Entscheidung siehe, wie gesagt, dem Landtage zu.

Zagorc spricht für zwangsweise Einführung womit Jeder zufrieden sein werde, wenn der Beitrag gering sei oder Dürftige befreit sein werden; der Landtag soll daher die Einführung einer zwangsweisen Affecuranz beschließen.

Toman klärt Zagorc auf, daß Arme von den Beiträgen nicht werden befreit werden können, und er könne daher dem Antrage Zagorc nicht bestimmen.

Pintar glaubt, daß die Frage ob zwangsweise Versicherung oder nicht, heute nicht entschieden werden könne, wegen Mangel der hiezu nöthigen Daten, er bleibe daher bei dem Ausschussantrage.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Deschmann's abgelehnt und der Ausschussantrag angenommen.

Deschmann referirt für den Landesauschuss über das Einschreiten der Stadtgemeinde Laibach um Genehmigung zum Verkaufe mehrerer Grundstücke. Es wird die Genehmigung beantragt und der Landesauschuss beauftragt, den Beschluß dem Landespräsidium mit dem Ersuchen um Erwirkung der allerhöchsten Sanction mitzutheilen, damit derselbe die Kraft eines Landesgesetzes erhalte.

Es wird die Generaldebatte eröffnet.

Dr. Bleiweis: Der Gemeinderath wünsche den Verkauf der Grundstücke am Morast wegen zu geringen Ertrages, er müsse sich dagegen als Mitglied des Landesauschlusses und der Morast-Entsumpfungskommission aussprechen. Es wäre ein Zeichen schlechter Wirthschaft, wenn dies geschehen würde, weil ein guter Wirth auf die Erhaltung dessen sehen müsse, was er besitzt. Der Laibacher Morast sei ein großer Schatz des Landes, habe eine große Zukunft, er sei das Panat unseres Landes; anfangs wurde das hoch Morastgrund um 20 kr. verkauft, jetzt um 200—220 fl. Es komme alles auf eine gute Bewirthschaftung an, zunächst Gewinnung von Torf, das hoch liefert Torf im Werthe von 400 bis 600 fl., und dann haben wir noch tragbare Boden. Der Preis des Holzes steigt, und der Torf wird noch mehr Absatz erlangen. Unter solchen Umständen wäre es ein Zeichen schlechter Wirthschaft, sich dieses Besitzes zu entäußern. Allein, es bestehe auch keine Nothwendigkeit hiezu. Zwar zahlen die Pächter nicht immer, aber die Stadt hat noch nichts an Pacht verloren, die Sparcasse dringt auch nicht auf Bezahlung, da dasselbe sichergestellt bleibe. Er möchte dem Gemeinderath auf bessere Bewirthschaftung, besonders des Terrains Hauptmanns anrathen. Er empfehle daher dem Hause Ablehnung der Genehmigung.

Dr. Kaltenegger: Die Angelegenheit sei in der Gemeindevertretung eingehend erörtert worden. Er müsse sagen, er glaube nicht, daß diese Werthsteigerung sich von selbst ergeben wird, was die Bearbeitung kostet, habe Dr. Bleiweis nicht gesagt. Es handle sich nicht allein darum, wie viel 1 hoch werth ist. Es ist möglich, daß dort, wo der Besitz arrondirt, der Ertrag ein höherer, die einzig mögliche Verwerthung für die Stadt ist aber die Verpachtung; die Eintreibung der Pachtzins ist schwierig und kostspielig, dies hat auf alle Parzellen Anwendung. Für den erzielten Kaufschilling kann ein besserer Besitz erworben werden. Ein anderer Grund ist die Abzahlung der Schulden; es ist gewiß immer ein Beweis besserer Wirthschaft, wenn man sich einer größeren Last durch Aufhebung eines geringeren Ertrages entäußert. Er gebe zu, daß die Gemeinde leichter in der Lage ist, für die Verwerthung zu sorgen als der Staat, allein die Gemeinde ist doch immer auf ihre Organe angewiesen.

Dr. Toman spricht in demselben Sinne wie Bleiweis.

Deschmann pflichtet den Anschauungen des Doctor Bleiweis über den Werth des Morastes bei, allein nur der Private sei im Stande, den Boden entsprechend zu bewirthschaften, der Gemeinde sei Sparsamkeit an's Herz gelegt worden; nun ist aber der Plan, die Morasttheile zu verkaufen, schon zu einer Zeit gefaßt worden, wo die Herren, welche heute dagegen sprechen, Mitglieder des Gemeinderathes waren! Schon bei Ankauf

Tivoli's ist das Princip ausgesprochen worden, die Commune solle nur jene Grundstücke behalten, die in ihrer Nähe liegen. Und nur entferntere sind zum Verkaufe beantragt. Auch der Staat hat einen bedeutenden Complex bei Wenke und unlängst haben die Gemeinden um den Verkauf gebeten, welchen der Landtag wahrscheinlich befürworten wird. Bei den steigenden Torfpreisen kann man eben auf einen größeren Kaufpreis rechnen. Durch den ablehnenden Beschluß des Landtages ist die Gemeinde nicht gehindert, in einer Reihe von Jahren dasselbe ohne Landtagsbeschluß zu thun, wozu sie heute die Genehmigung ansucht.

Dr. Bleiweis wiederholt noch einmal den Rath guter Bewirthschaftung. Es sei allerdings vom Verkaufe die Rede gewesen, als Tivoli angekauft wurde, allein damals habe es sich darum gehandelt, den Kaufpreis zu erschwingen.

Deschmann liest eine Stelle aus der Eingabe der Gemeinde vor, wornach seit einer Reihe von Jahren im Gemeinderath anerkannt worden, daß der Verkauf entfernter Grundstücke angezeigt sei.

Dr. Roman spielt auf mögliche Veränderungen in der Gemeindevertretung an.

Soetec berichtigt gegen Deschmann, die Befugniß zum Verkaufe müsse im Ganzen genommen werden.

Dr. Kaltenegger constatirt, daß eine specielle Einsprache gegen den Verkauf eines oder des anderen Grundstückes nicht gemacht wurde, die allgemeine Einwendung allein könne nicht genügen.

Baron Apfalter: Er habe mit Erstaunen bemerkt, daß von Mitgliedern des Landesauschusses Opposition gemacht wird; findet der Landesauschuß Anträge zu stellen, so soll er sie im Landtage vertreten, im Gegentheile sie lieber gar nicht vorbringen.

Vorsitzender berichtet, daß in der bezüglichen Sitzung des Landesauschusses Roman abwesend, Costa und Deschmann dafür waren, Bleiweis dagegen nur erklärt habe, er habe nichts dagegen, daß der Antrag im Landtage vorgebracht werde. Er (Landeshauptmann) habe daher den Ausschlag gegeben, indem er dafür stimmte.

Costa: Deschmann habe Costa und Bleiweis gefragt, ob sie mit dem Antrage einverstanden seien, sie haben geantwortet, sie hätten nichts dagegen, daß er vor den Landtag komme, hätten sich aber ihre Abstimmung vorbehalten. Für den Landtag genüge, daß eine bessere Bewirthschaftung möglich sei und keine dringende Nothwendigkeit vorliege; gute Wirthschaft sei es, immer den Besitz zu erhalten.

Baron Apfalter: Der Landesauschuß habe allerdings die Pflicht, seine Anträge zu vertreten, im entgegengesetzten Falle wäre lange Debatte und Zeitverlust vermieden worden.

Dr. Kaltenegger schließt sich Apfalter an, hebt hervor, daß die Gemeinde nach der Sachlage glauben müßte, der Landesauschuß sei mit dem Ansuchen einverstanden. Es sei zu bedauern, daß der Antrag des Landesauschusses auf Bewilligung gestellt wurde, während der Landtag dagegen ist.

Deschmann erinnert daran, daß das Gesuch lange Zeit verlegt war und endlich ihm, dessen Referat es nicht berührt, zugetheilt wurde. Zugleich constatirt er, daß die Mitglieder des Landesauschusses sich die Abstimmung im Landtage vorbehalten haben. Der Verkauf werde einen Ueberschuß ergeben, der Zeitpunkt sei eben jetzt günstig, weil die Steuer für den Morast erhöht werden wird. Er ersuche nochmals den Antrag anzunehmen, weil Bewilligungen an Landgemeinden ertheilt werden. Es wäre das Gegentheil ein Beweis der Animosität gegen die Commune Laibach. (Ho!)

Bei der Abstimmung wird der Antrag abgelehnt. (Oberbergrath Eipold stimmt mit der Minorität.)

Dr. Zarnik referirt für den Verfassungsausschuß über seinen Antrag wegen definitiver Reorganisation des Laibacher Civilspitals. Es wird mit Rücksicht auf die von Dr. Zarnik bereits entwickelten Gründe beantragt, den Landesauschuß zur Vorlage eines bezüglichen Entwurfes in der nächsten Session zu beauftragen.

Deschmann findet die Mehrzahl der angeführten Gesichtspunkte begründet, aber eine gynäkologische Abtheilung besteht bereits, es gibt aber andere Bedürfnisse, Absonderung der Blatternkranken, dagegen wäre er nicht für Ernennung eines eigenen Arztes für das Irrenhaus; so lange nicht durch ein neues Irrenhaus den Mängeln abgeholfen wird, ist an eine erfolgreiche Behandlung nicht zu denken. Es sind noch immer Irrenkrankte mit den Tobsüchtigen vermengt, und dies ist der größte Uebelstand. Die Trennung des Oekonomischen von der Sanität ist zweckmäßig, allein bei der Uebernahme des Spitals hat sich die Regierung die Bestätigung des Directors vorbehalten, es wäre daher ein neuerliches Einvernehmen mit der Regierung nothwendig. Es wäre auch angezeigt, daß unter den Primarien ein Turnus eintreten würde, da in dem Antrage nicht gesagt ist, daß der Landesauschuß an alle hier ausgesprochenen Principien gebunden ist.

Dr. Zarnik replicirt, daß Deschmann die Nothwendigkeit nicht in Abrede gestellt habe, über die Principien aber werde seinerzeit der Landtag entscheiden. Die Principien seien nur zur Motivirung angeführt worden.

Der Ausschußantrag wird angenommen, die Sitzung um 2 $\frac{1}{2}$ Uhr geschlossen und die Fortsetzung auf 6 Uhr Abends anberaumt.

Nachtsitzung 6 Uhr Abends.

Eine Interpellation von Zarnik und Consorten an die Regierung wird verlesen in Betreff Anstellung slovenischen Personales beim Eisenbahnbetriebe in Krain, Bezeichnung der Stationen in slovenischer Sprache und Ansagung derselben in slovenischer Sprache.

Landespräsident beantwortet diese Interpellation dahin, daß die Regierung vollkommen die Ueberzeugung theilt von der Wichtigkeit der slovenischen Sprache im Verkehre mit den Parteien im Eisenbahnbetriebe, und für die Erfüllung der kundgegebenen Wünsche, soweit es in ihrer Macht liegt, wirken werde.

7. Dr. Bleiweis referirt für den Schulausschuß über die Einführung der slovenischen Unterrichtssprache in die Schulen und Errichtung einer Rechtsakademie oder eventuell einer Universität. Im wesentlichen sagt der Bericht: Schon nach § 19 Staatsgrundgesetz habe das slovenische Volk ein Recht zu fordern, daß ihm in den Schulen die Gelegenheit geboten werde, sich die verschiedenen Kenntnisse und Wissenschaften in seiner Muttersprache anzueignen, und schon auf Grund dessen wäre der Schulausschuß berechtigt, dem Landtage die Annahme des bezüglichen Gesetzentwurfes zu empfehlen. Allein der Ausschuß wollte auch die andern diesfalls in Betracht kommenden Gesetze in Erwägung ziehen. Er durfte die Frage nicht übersehen: Hat der Landtag das Recht, ein Gesetz über die Unterrichtssprache zu erlassen oder ist es nicht ein freisinnigeres Vorgehen, wenn dies dem Landes Schulrathe im Einvernehmen mit den Gemeinden überlassen wird?

Was den oft citirten § 19 betrifft, so enthält er nur ein Princip, dessen Ausführung nach § 11 des Staatsgrundgesetzes über die Reichsvertretung vom 21ten December 1867 dem Landtage vorbehalten ist, weil in diesem Paragraph dem Reichsrathe der Vorkzug nur bezüglich jener Gesetze vorbehalten ist, welche in diesem Gesetze demselben ausdrücklich vorbehalten sind, während die Ausführung aller übrigen nach dem § 12 in den Wirkungskreis der Landesgesetzgebung fällt. In dem § 19 ist aber nicht gesagt, daß dessen Ausführung dem Reichsrathe vorbehalten ist, es kann also kein Zweifel obwalten, daß dieselbe in den Bereich der Landtage fällt.

Weiters ist hier der § 6 der Grundsätze für öffentliche Volksschulen. Wer in diesem Paragraph auf die Worte „innerhalb der Gesetze“ nicht das entsprechende Gewicht legt, könnte glauben, daß nach denselben die Bestimmung der Unterrichtssprache dem Landes Schulrathe allein im Einvernehmen mit den Gemeinden zusteht. Aber wenn man die Worte: „innerhalb der Gesetze“ und weiters die ministerielle Begründung des „Entwurfes eines Gesetzes, durch welches die Grundsätze des Unterrichtswesens bezüglich der Volksschulen festgestellt werden“ berücksichtigt, wird man in nachstehender Stelle desselben den klarsten Commentar zu obigen Worten des § 6 finden: „In einigen Ländern sind die Bestimmungen über die Unterrichtssprache durch ein Landesgesetz geregelt, so z. B. in Galizien und Böhmen. Insofern dies nicht auch in anderen Ländern eintreten wird, haben naturgemäß diejenigen, welche die Schule erhalten, das Recht, bei Bestimmung der Unterrichtssprache in maßgebender Weise mitzusprechen.“ In der Tendenz dieses Gesetzes liegt es also, daß auch der Landtag die Unterrichtssprache in den Volksschulen bestimmen soll.

Der zweiten oben gestellten Frage, ob es nicht freisinniger ist, daß auch die Gemeinden bei der Bestimmung der Unterrichtssprache eine Stimme haben? läßt sich mit Recht entgegenstellen, daß ihre Autonomie ja auch in anderen Beziehungen, z. B. bei Bestimmung der Lehrgegenstände in den Volksschulen und durch den Schulzwang beschränkt ist. Uebrigens ist allenthalben die Muttersprache zugleich die Unterrichtssprache und es wäre sonderbar, wenn gerade in Krain ein anderes Verfahren plagreifen sollte.

Wenn auch in Krain sehr wenig Deutsche wohnen, so wird doch in dem Gesetzentwurfe für die Volksschulen und in dem Antrage hinsichtlich der Gymnasien auch auf die Deutschen Rücksicht genommen, um dem § 19 der Staatsgrundgesetz genüge zu leisten, der in der dritten Alinea besagt, daß die öffentlichen Schulen so eingerichtet werden müssen, daß jeder Volksstamm die Bildung in seiner Sprache erlangen könne, ohne gezwungen zu werden, eine andere Landessprache zu lernen.

Das Gewicht des Spruches: „Quot linguas calles, tot homines vales“ verkennen auch die Vertreter der Gleichberechtigung des Slovenischen nicht und sie wollen das Deutsche aus solchen Schulen nicht ausschließen, wo es am rechten Orte ist, und sie sind also nicht dagegen, daß dasselbe in die zwei höheren Classen der mehrklassigen Volksschulen und in der Präparandie als Obligatgegenstand eingeführt werde. Um aber den kaiserlichen und den Landesbeamten, Advocaten und Notaren die Möglichkeit zu verschaffen, die slovenische Sprache in ihren Amtsgeschäften zu gebrauchen, ist es nothwendig, daß der Gleichberechtigung der slovenischen Sprache auch der Weg in die höheren Unterrichtsanstalten eröffnet werde. Die Regierung hat dies selbst schon im Jahre 1848 anerkannt, indem sie da-

mals zwei juridische Lehrkanzeln in Laibach errichtet hat. Eine Hochschule mit slovenischer Unterrichtssprache ist für ein Volk von mehr als einer Million gewiß nur eine Forderung des Rechtes. Wenn also in Oesterreich das Princip der Rechtsakademien nicht adoptirt wird, ist das Verlangen vollkommen gerechtfertigt, daß der Grund zu einer slovenischen Hochschule zunächst durch Errichtung einer juridisch-philosophischen Facultät gelegt werde.

Der Schulausschuß stellt daher den Antrag: Der hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der angeschlossene Entwurf eines Schulgesetzes wird genehmigt.

2. Die hohe Landesregierung werde ersucht:

a) für die Gymnasien in Krain das Slovenische als Unterrichtssprache einzuführen und in Laibach für die Deutschen deutsche Parallellassen zu errichten;

b) wenn die in der Zuschrift des Unterrichtsministers vom 10. März 1869, Z. 21 P., erwähnten Verhandlungen in Betreff der Rechtsakademien bereits geschlossen sind, dem nächsten Landtage einen Gesetzentwurf über Errichtung einer Rechtsakademie in Laibach mit slovenischer Unterrichtssprache vorzulegen, wenn aber Rechtsakademien nicht beschlossen werden, den Grund zu einer slovenischen Hochschule in Laibach durch Errichtung einer juridisch-philosophischen Facultät zu legen.

Der Gesetzentwurf lautet:

Gesetz
vom . . . wirksam für das Herzogthum Krain betreffend die Unterrichtssprache in den öffentlichen Volksschulen und den Lehrerbildungsanstalten.

Mit Zustimmung des Landtages Meines Herzogthums Krain verordne Ich in Betreff der öffentlichen Volksschulen, das ist denjenigen, welche vom Staate, dem Lande oder der Gemeinde erhalten werden, dann in Betreff der Lehrerbildungsanstalten an, wie folgt:

§ 1. In allen Volksschulen Krains ist die slovenische Sprache die Unterrichtssprache, nur in jenen der deutschen Gemeinden Gottschee's und in Weisenseels ist die deutsche Sprache Unterrichtssprache.

§ 2. In Laibach werden an diesen Schulen für Deutsche Parallellassen oder aber selbständige Schulen errichtet.

§ 3. An den Lehrerbildungsanstalten ist die slovenische Sprache Unterrichtssprache.

§ 4. Der Minister für Unterricht und Cultus ist mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt.

Das Gesetz und die Anträge des Schulausschusses, wie sie vorstehend angeführt sind, wurden nach mehrstündiger lebhafter Debatte unverändert angenommen und in dritter Lesung zum Beschluß erhoben. Ebenso wurden die Anträge:

1. wegen einer in nächster Session zu machender Vorlage über Abänderung der bestehenden Gerichtsbezirke mit Rücksicht auf die Bildung der Hauptgemeinden;

2. wegen Beseitigung des Dr. Zarnik'schen Antrages, betreffend Abänderung des § 4 der Landesordnung (Wahl des Landeshauptmannes und seines Stellvertreters durch den Landtag), durch Uebergang zur Tagesordnung;

3. wegen Einführung der slovenischen Amtirung bei allen Aemtern und Landesanstalten vom 1. Jänner 1870 an, mit den allenfalls nöthigen Ausnahmen, angenommen. Dagegen wurde der Antrag des Finanzausschusses auf Abschluß eines Vergleiches mit der Commune Laibach wegen der Spitalskosten abgelehnt.

Die Sitzung schloß um 11 Uhr Nachts. Nächste Sitzung heute um 10 Uhr.

Tagesneuigkeiten.

— (Die Kaiserin Eugenie) wird nach dem „Mém. Diplom.“ in diesem Jahre nicht nach Jerusalem gehen, wohl aber sogleich nach Schluß des Concils, indem sie allerdings das Gelübde einer Wallfahrt nach dem heiligen Grabe gethan hat; nach Schluß des Concils will sie nach Rom gehen, um mit dem Segen des Papstes die Pilgerreise dann anzutreten.

— (Erdbeben und Schiffbruch.) Der eben in Plymouth eingelaufene westindische Postdampfer „Seine“ bringt verschiedentliche Berichte über Erdbeben in Südamerika und West-Indien. Aus Chili meldet man von einer Reihe von Erdstößen, allein Peru ist weit bedeutender heimgesucht worden. In Lima herrschte die größte Bestürzung über die Unglücksposten, welche aus den südlichen Provinzen einliefen. Am 20., 21. und 24. August wurden die im vorigen Jahre so schwer betroffenen Landstriche abermals mächtig erschüttert. Großer Schaden wurde verursacht und namentlich am 24. waren die Stöße wirklich furchtbar. Bei Iquique und Arica ging die See mit entsetzlicher Schnelligkeit zurück und stürzte dann mehrmals 6 Fuß über die gewöhnliche Fluthöhe in das Land hinein. Das Geschäft lag vollständig darnieder und Arica war verlassen. Auch in St. Thomas haben die Erderschütterungen wieder begonnen und am 17. September verspürte man dort einen besonders heftigen Stoß. Das Schiff „Dreadnought“, von Liverpool nach San Francisco unterwegs, hat bei Tierra del Fuogo Schiffbruch gelitten. Die Mannschaft, 34 Köpfe an der Zahl, rettete sich in die Boote, kam aber nur mit dem nackten Leben davon und trieb 17 Tage ohne eine andere Nahrung als Muscheln umher, ehe sie in Talcahuano ans Land kam. Zehn von den Matrosen waren sehr stark vom Frost mitgenommen.

(Affaire Müller-Hompesch.) Das Oberlandesgericht hat entschieden, daß das Verlangen des Grafen Hompesch, gegen Caution auf freien Fuß gesetzt zu werden, zurückzuweisen sei.

Locales.

(Die philharmonische Gesellschaft) hat bereits Vorbereitungen für die kommende Saison getroffen, indem gestern die Proben für die Symphonie-Ode „Columbus“ von Felicien David, dem Compositur der „Wüste“, begonnen haben.

(Selbstmord.) Am 13. d. M. verschwand die im Hause des Anton Tomšic zu Dedendol bei Weizelburg wohnhafte, über 70 Jahre alte, ledige Anna Tomšic aus ihrem Aufenthaltsorte. Da man vermuthete, sie habe sich, wie es häufig vorkam, zu Angehörigen auf Besuch begeben, so bekümmerte man sich nicht weiter um sie.

(Der ärztliche Verein) nimmt am Samstag den 30. October die durch die Sommerzeit über unterbrochenen wissenschaftlichen Versammlungen wieder auf.

(Südbahn.) Vom 1. November l. J. angefangen und während der Winter-Saison werden zu den zwischen Wien und Triest verkehrenden Sitzügen wie im Vorjahre auch Fahrten II. Classe ausgegeben werden.

(Landwirthschaftliches.) Unter den freien Lehrschülern, welche im hiesigen l. t. Obergymnasium gelehrt werden, erfreut sich im heurigen Schuljahr die Landwirthschaft nächst der Stenographie des zahlreichsten Besuches. Die vom Professor der Naturgeschichte und supplirenden Professor der Landwirthschaft, Valentin Konšegg, drei Mal in der Woche gehaltenen Vorträge werden heuer von 14 Hörern der Theologie und 23 Schülern aus den höheren Classen des Obergymnasiums besucht, ein Collegium, wie es seit Dr. Hubels Zeiten, seit 30 Jahren nicht mehr beisammen war.

(Feuersbrünste.) Aus Oberkrain, 15ten October wird uns geschrieben: Sonntag den 10. d. M. brach in der Ortschaft Polie im Hause des Landmannes Resman um 3 Uhr Nachmittags Feuer aus, welches in kurzer Zeit das Wohnhaus sammt allen Wirthschaftsgebäuden verheerte; der Verunglückte war wohl mit 500 fl. affecurirt, doch ist der Schaden ein viel größerer, da das ganze Futter und auch 4 Schweine verbrannten. Das Feuer brach durch Unvorsichtigkeit der Kinder aus, welche auf der Dreschtheune mit Bindhölzchen spielten. — Freitag am 15. um 5 Uhr Abends brach in Neudorf, Pfarre Lees, im Stalle des Jenko Feuer aus, welches alle Wirthschaftsgebäude und das Wohnhaus verheerte. Jenko ist nicht affecurirt. Das Feuer soll durch Unvorsichtigkeit des Besitzers selbst ausgebrochen sein, da er beim Einräumen der Ecken Tabak rauchte. — Beide Brände blieben sowohl durch die Windstille, als auch durch die thätige Mithilfe isolirt, und hat sich besonders der Herr Pfarer von Bigam, Schwester Keße, bei beiden Bränden durch seine umsichtige Leitung hervorgethan.

(Die Beiträge für das Schillerdenkmal in Wien) belaufen sich laut des jetzt ausgegebenen 32. Verzeichnisses zusammen auf die Summe von 32.003 fl. 16 kr. Fernere Beiträge nimmt auch die Redaction der „Laibacher Zeitung“ entgegen.

(Literarisches.) Von der bei Hermann Schönlein in Stuttgart erscheinenden „Familien-Zeitung“ liegen uns die neuesten Hefte 8., 9., 10. des Jahrganges 1869 vor. Der reiche belletristische Inhalt, wir finden die Autoren

D. Mylius, F. Friedrich, Carl Bastrow, Fanni Lewald, Elise Polko, Ettmüller u. a. m. vertreten, sowie die hübsche typographische Ausstattung und die vielen prachtvollen Illustrationen machen das Ganze zu einem sehr empfehlenswerthen Familienblatt, das namentlich seines im Verhältnisse gebotenen äußerst billigen Preises halber (6 Ngr. oder 40 kr pr. Hest) der weitesten Verbreitung fähig ist.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laibacher Zeitung.“) Wien, 21. October. Der preussische Gesandte Baron Werther überreichte dem Kaiser sein offenes Abberufungsschreiben. Als sein Nachfolger wird Oberst Schweinitz fast zweifellos angesehen.

Berlin, 21. October. Die gesammte Fortschrittspartei im preussischen Landtage beantragte eine Resolution: Die Regierung möge auf Ersparnisse im Bundesheere und diplomatisch auf allgemeine Abrüstung hinwirken.

Paris, 21. October. Das „Memorial Diplomatique“ bestätigt, daß zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem König von Italien eine Zusammenkunft festgesetzt sei.

Cattaro, 21. October. Eine Truppenabtheilung entsetzte Cerkvite und verproviantirte Fort Dragal.

Wien, 21. October. Die heutige „Presse“ meldet: Die Reichsrathseröffnung werde wahrscheinlich erst Anfang December stattfinden. Der Kaiser wünsche den Reichsrath persönlich zu eröffnen. Die Thronrede werde sich hauptsächlich mit inneren Fragen beschäftigen. Die „Presse“ meldet ferner in einer Prager Correspondenz, daß Beust den Prager Landtagsabgeordneten erklärte, er werde unter allen Umständen am Verfassungsboden festhalten, halte jedoch die Verfassung, mit welcher er stehen und fallen werde, nach verschiedenen Richtungen der Vervollkommnung für fähig, auch der Vervollkommnung bedürftig.

Görz, 20. October. (7. Landtagssitzung.) Das Volksschulgesetz wurde mit wenigen Aenderungen nach Vorlage in dritter Lesung mit großer Stimmenmehrheit angenommen. Nach Erledigung einiger Petitionen wurde der Vorschlag des Landtagsausschusses in Betreff der definitiven Organisirung und des Umbaues des Taubstummeninstitutes angenommen, sodann erfolgte der Schluß der Sitzung. Die nächste findet am 22. statt. Auf der Tagesordnung steht: Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Volksschullehrer.

München, 20. October. Durch eine königliche Verordnung vom 18. October wurden die Urwahlen für den 16., die Deputirtenwahlen für den 25. November angeordnet. Zugleich werden durch die Verordnung die Wahlbezirke anderweitig in dem Sinne festgestellt, daß die Städte gegenüber der Landbevölkerung mehr als bisher zur Vertretung gelangen. Die mehrseitig erwartete Proclamation an das Volk ist nicht erschienen.

Die russische Regierung hat es bei dem Emir von Buchara nach langen Unterhandlungen durchgesetzt, daß der älteste Sohn desselben seine Erziehung in einer russischen Unterrichts-Anstalt erhält. Der 13jährige Thronerbe von Buchara wird mit seinem Gefolge in nächster Zeit in Drenburg eintreffen, um sich von dort nach Warschau zu begeben, wo er zunächst das russische Gymnasium besuchen soll. (So berichtet die „Dtsch. Ztg.“; ein neuerdings eingegangenes Telegramm meldet: Die Unterstützung, welche England dem Emir von Kabul, Schir Ali, gewährt, hat den Emir der Bucharei veranlaßt, Rußland um Hilfe anzugehen. Er hat an Rußland den gebührenden Tribut bezahlt und an den Kaiser eine Gesandtschaft geschickt. Mit derselben trifft sein ältester Sohn ein, der in Rußland erzogen werden soll

und dem er durch russischen Schutz die Thronfolge in Buchara sichern will.)

Das Postdampfschiff Allemania, Capitän Wingen, ging am 13. October mit 777 Passagieren von Hamburg via Havre nach New-York ab.

Das Postdampfschiff Silesia, Capitän Trautmann, welches am 29. September von Hamburg abgegangen, ist am 15. d. M. wohlbehalten in New-York angekommen.

Telegraphische Wechselcourse vom 21. October.

5perc. Metalliques 59.25. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 59.25. — 5perc. National-Anlehen 69. — 1860er Staatsanlehen 94.10. — Bantactien 708. — Credit-Actien 242. — London 122.80. — Silber 120.65. — R. t. Ducaten 5.86.

Handel und Volkswirthschaftliches.

Metrisches Maß und Gewicht. Herr von Stahl, der im Auftrage des Handelsministers nach Pest gegangen war, um dort durch directe Verhandlungen mit der ungarischen Regierung eine Verständigung über die noch stehenden Controversen in Betreff des Gesetzentwurfes wegen Einführung des metrischen Maßes und Gewichtes anzubahnen, ist nach glücklich beendeter Mission zurückgekehrt. Die Verständigung ist bis auf einen dem ungarischen Ministerrathe zur Entscheidung vorbehaltenen Punkt erreicht und ist nach der kaum zweifelhaften Annahme dieses Punktes die gleichzeitige Vorlage des wichtigen Gesetzentwurfes in Wien und Pest zur verfassungsmäßigen Behandlung gesichert.

Rudolfswerth, 19. October. Die Durchschnitts-Preise stellten sich auf dem heutigen Markte, wie folgt:

Table with 4 columns: Item, fl., kr., Item, fl., kr. Includes items like Weizen per Metzen, Korn, Gerste, Hafer, Halbsfrucht, Heiden, Hirse, Kukuruz, Erdäpfel, Linsen, Erbsen, Kisoln, Rindschmalz, Schweineschmalz, Speck, Butter, Eier, Milch, Rindfleisch, Kalbfleisch, Schweinefleisch, Schöpfenfleisch, Hähnchen, Tauben, Hen, Stroh, Holz, Wein, Speck geräuchert.

Angelkommene Fremde.

Am 20 October.

Stadt Wien. Die Herren: Niski, Naturarzt, von Triest. — Carman, von Steiermark. — Prager, Kaufm., von Wien. — Bervar, von Rudolfswerth. — Heimann, von Triest. — Müller, Kaufm., von Kempten. — Globocnik, von Eisnern. — Kremenzi und Just, Kaufl., von Wien. — Bendhinti, Maurermeister, von Udine. — Melosdrevic, Kaufm., von Wien. — Die Frauen: Kandelini Anna, Private, von Großschätz. — Rosmann Antonia, Private von Sagor. — Elefant. Die Herren: Sichel, Katechet, von Bisino. — Urbanic. — Giuseppe Conte, von Fiume. — Simons, Kaufm., von Fiume. — Riber, Handelsm., von Wien. — Tejrovsky, Beamte. — Die Frauen: Calich, Private, von Fiume. — v. Geronday-Sebastiani, Professors-Witwe, von Pest. — Baierischer Hof. Herr Popper Moriz, von Fiume.

Theater.

Heute: Sein Einzigstes, Lustspiel in 3 Acten. Morgen: Großherzogin von Gerolstein, Oper in 3 Acten.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 7 columns: October, Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Pariser Linien auf 0° R. reducirt, Lufttemperatur nach Reaumur, Wind, Ansehliches Himmels, Niederschlag binnen 24 St. in Pariser Linien. Includes data for 6 U. Mg., 21. 2 „ N., 10 „ Ab.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Börsenbericht. Wien, 20. October. Die Börse nahm einen Anlauf zur Besserung im Vergleiche mit den Coursen von gestern Abends; man vermochte jedoch die höheren Course nicht zu halten. Credit-Actien lehrten von ihrer höchsten Notiz 245.50 auf 243.50 zurück, Anglo ermäßigten sich von 235 auf 233, für Franco sprach sich 92.50 Geld aus. Lombarden wichen von 247.75 bis 247.75, Tramway von 170.50 bis 168, worauf sie sich bis 169 erholten. In Papierrente wurde 59.40 bis 59.60, in Silberrente 69, in 1860er Losen 94, in 1864er Losen 115, in Napoleons 9 fl. 83 kr. gemacht. Die Mittagsbörse gestaltete sich für Bankpapiere aller Art, besonders aber für die jüngeren, sehr ungunstig, die meisten waren erfolglos offerirt. Eisenbahnactien notiren zwar ebenfalls bedeutend schlechter, waren aber doch leichter veräußlich. Von Rentenpapieren war nur Papierrente stärker affectirt. Staatslose folgten der allgemeinen Stimmung. Die Veränderungen in Prioritäten und Devisen waren von geringem Belang.

Table with 4 main sections: A. Allgemeine Staatsschuld, B. Grundentlastungs-Obligationen, C. Actien von Bankinstituten, D. Actien von Transportunternehmungen. Each section lists various financial instruments and their values in Geld and Waare.